

14.04.26

R

Berichtigung

Dritte Verordnung zur Änderung der Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung

Das Bundeskanzleramt hat mit Schreiben vom 8. April 2026 Folgendes mitgeteilt:

Mit Schreiben des Staatsministers beim Bundeskanzler an den Präsidenten des Bundesrates vom 24. März 2026 wurde die zugeleitete Dritte Verordnung zur Änderung der Zwangsvollstreckungsformular-Verordnung mit der Bitte übersandt, die Zustimmung des Bundesrates herbeizuführen (BR-Drs. 161/26).

Im Nachgang zur Übersendung der Verordnung ist aufgefallen, dass falsche Formulare, die im Anhang der Verordnung enthalten sind, übermittelt wurden.

Es wird gebeten, dies im Wege einer Berichtigungsdrucksache zu korrigieren. Die entsprechenden Austauschseiten liegen bei.

Seite der BR-Drs. 161/26	
4	Oben rechts: Entfernung des Textfeldes „Bitte beachten Sie die Ausfüllhinweise zu diesem Formular auf www.bmju.de/Zwangsvollstreckungsformulare .“
4	Ergänzung Ankreuzkästchen im zweiten Rahmen vor „Bevollmächtigter:“
4	Ergänzung Ankreuzkästchen im zweiten Rahmen vor „abweichenden Kontoinhabers:“
7	Abschnitt C, letzter Kasten: Ersetzung „Bei elektronischen Vollstreckungsaufträgen:“ in „Bei elektronisch übermittelten Aufträgen:“

12	Oben rechts: Größe des Rahmens vom Feld „ <i>Vom Gericht auszufüllen</i> : Eingangsstempel“ wurde angepasst
12	Oben rechts: Entfernung des Textfeldes „Bitte beachten Sie die Ausfüllhinweise zu diesem Formular auf www.bmjv.de/Zwangsvollstreckungsformulare .“
12	Ergänzung Ankreuzkästchen bei den Angaben zum Schuldner vor „Unternehmen“
12	Ergänzung Ankreuzkästchen bei den Kontaktdaten des Antragstellers vor „gesetzlicher Vertreter“
12	Ergänzung Ankreuzkästchen bei den Kontaktdaten des Antragstellers vor „Bevollmächtigter“
15	Oben rechts: Größe des Rahmens vom Feld „ <i>Vom Gericht auszufüllen</i> : Raum für Kostenvermerke und Eingangsstempel“ wurde angepasst
15	Oben rechts: Entfernung des Textfeldes „Bitte beachten Sie die Ausfüllhinweise zu diesem Formular auf www.bmjv.de/Zwangsvollstreckungsformulare .“
15	Ergänzung Ankreuzkästchen bei den Kontaktdaten des Antragstellers vor „Bevollmächtigter“
16	Mitte: Ersetzung „Bei elektronischen Vollstreckungsanträgen:“ in „Bei elektronisch übermittelten Anträgen:“
16	Ergänzung Ankreuzkästchen im ersten Rahmen vor „Gleichzeitig wird beantragt, [...]“
16	Alle drei Ankreuzkästchen im zweiten Rahmen
16	Ergänzung Ankreuzkästchen im dritten Rahmen vor „Vollmacht“
16	Ergänzung Ankreuzkästchen im dritten Rahmen vor „Aufstellung über die geleisteten Zahlungen“
16	Ergänzung Ankreuzkästchen im dritten Rahmen vor „Bescheid nach § 9 Absatz 2 UhVorschG“
16	Ergänzung von vier Ankreuzkästchen im dritten Rahmen vor den freien Linien

Vollstreckungsauftrag an Gerichtsvollzieher

An

_____ , den _____

Angaben zum Schuldner:

Herr Frau Unternehmen _____

Name/Firma _____ ggf. Vorname(n) _____

Straße _____ Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Ort _____

Land (wenn nicht Deutschland) _____

Kontaktdaten des Auftraggebers:

Gläubiger gesetzlicher Vertreter Bevollmächtigter

Name/Firma _____ ggf. Vorname(n) _____

Telefon _____ E-Mail _____ Fax _____

SAFE-ID _____

Geschäftszeichen _____

Der Gläubiger beabsichtigt, für die Begleichung der Kosten für diesen Vollstreckungsauftrag ein SEPA-Lastschriftmandat zu erteilen. Befreiung von Gerichtsvollzieherkosten gemäß: _____

Für die Weiterleitung der vom Gerichtsvollzieher vereinnahmten Gelder wird folgende Bankverbindung mitgeteilt:

Bankverbindung des

Gläubigers: gesetzlichen Vertreters: Bevollmächtigten: abweichenden Kontoinhabers:

Name des Kontoinhabers _____

IBAN _____ BIC (Angabe kann entfallen, wenn IBAN mit DE beginnt) _____

Verwendungszweck _____

B

Schuldner (zu Ziffer _____) vertreten durch den Bevollmächtigten

Herr Frau Unternehmen _____

Name/Firma _____ ggf. Vorname(n) _____

Straße _____ Hausnummer _____ Postleitzahl _____ Ort _____

Land (wenn nicht Deutschland) _____ Geschäftszeichen _____

wird/werden

C

der Vollstreckungstitel (zu Ziffer _____)

Art _____ Aussteller _____

Datum _____ Geschäftszeichen _____

zuzüglich Zustellungsnachweis

sowie der Vollstreckungstitel (zu Ziffer _____)

Art _____ Aussteller _____

Datum _____ Geschäftszeichen _____

zuzüglich Zustellungsnachweis

sowie die weiteren Vollstreckungstitel aufgeführt in weiterer Anlage

(sowie) die Forderungsaufstellung (bei Mehrfachverwendung _____ Forderungsaufstellungen) übermittelt.

Bei elektronisch übermittelten Aufträgen:

Elektronische Dokumente der in § 754a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 ZPO genannten Schriftstücke sind beigelegt.

Die in § 754a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 ZPO genannten Schriftstücke werden erst nach Mitteilung des Aktenzeichens versandt. Es wird um Mitteilung des Aktenzeichens gebeten.

Die in § 754a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 ZPO genannten Schriftstücke werden gleichzeitig auf dem Postweg übersandt.

D

Es werden folgende weitere Anlagen übermittelt:

Beschluss über bewilligte Prozesskosten- oder Verfahrenskostenhilfe

Vollmacht

Geldempfangsvollmacht

Vorpfindungsbenachrichtigung

Aufstellung über die geleisteten Zahlungen

Aufstellung der Inkassokosten

Aufstellung der bisherigen Vollstreckungskosten mit Belegen

Bescheid nach § 9 Absatz 2 UhVorschG

Negativauskunft des Einwohnermeldeamtes

E

Versicherungen

Es wird die ordnungsgemäße Bevollmächtigung nach § 752a Absatz 1 ZPO versichert.

Es wird gemäß § 754a Absatz 3 Nummer 1 und 2 ZPO versichert, dass die übermittelten elektronischen Dokumente jeweils bildlich und inhaltlich mit den in § 754a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 ZPO genannten Schriftstücken übereinstimmen und die Forderungen in Höhe des Vollstreckungsauftrags noch bestehen.

Es wird die ordnungsgemäße Bevollmächtigung nach § 753a Absatz 1 ZPO versichert.

**Antrag auf Erlass einer richterlichen Durchsuchungsanordnung
und einer richterlichen Anordnung der Vollstreckung zur Nachtzeit
und an Sonn- und Feiertagen**

Vom Gericht auszufüllen:
Eingangsstempel

An das Amtsgericht

– Vollstreckungsgericht –

, den

Angaben zum Schuldner:

Herr Frau Unternehmen

Name/Firma

ggf. Vorname(n)

Straße

Hausnummer

Postleitzahl

Ort

Land (wenn nicht Deutschland)

Kontaktdaten des Antragstellers:

Gläubiger gesetzlicher Vertreter Bevollmächtigter

Name/Firma

ggf. Vorname(n)

Telefon

E-Mail

Fax

Geschäftszeichen

Es wird beantragt, den beigefügten Entwurf wie ausgefüllt als Beschluss zu erlassen.

Begründung des Antrags:

Begründung für Antrag auf Anordnung der Durchsuchung nach § 758a Absatz 1 ZPO:

Begründung für Antrag auf Anordnung der Vollstreckung zur Nachtzeit und an Sonn- und Feiertagen in der Wohnung nach § 758a Absatz 4 ZPO:

Antrag auf Erlass eines Pfändungsbeschlusses und eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses

Vom Gericht auszufüllen:
Raum für Kostenvermerke und Eingangsstempel

An das Amtsgericht

– Vollstreckungsgericht –

_____, den _____

<input type="checkbox"/> Elektronische Kostenmarke: Nummer _____ Wert _____ Datum _____ _____, _____ Euro vom _____	<input type="checkbox"/> Ein SEPA-Lastschriftmandat wurde erteilt.	<input type="checkbox"/> Gerichtskostenbefreiung gemäß _____
---	---	---

Angaben zum Schuldner:

Herr Frau Unternehmen

Name/Firma _____ ggf. Vorname(n) _____

Straße _____ Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Ort _____

Land (wenn nicht Deutschland) _____

Es besteht bereits ein vorläufiges Zahlungsverbot nach § 845 ZPO (Vorpfändung).

Kontaktdaten des Antragstellers:		
<input type="checkbox"/> Gläubiger <input type="checkbox"/> gesetzlicher Vertreter <input type="checkbox"/> Bevollmächtigter		
Name/Firma _____		ggf. Vorname(n) _____
Telefon _____	E-Mail _____	Fax _____
SAFE-ID _____		
Geschäftszeichen _____		

Es wird beantragt, den beigefügten Entwurf wie ausgefüllt als Beschluss zu erlassen.

Zusätzlich wird beantragt,
<input type="checkbox"/> anstelle einer beglaubigten Abschrift eine Ausfertigung des Beschlusses zu erteilen.
<input type="checkbox"/> die Zustellung durch die Geschäftsstelle zu vermitteln (anstatt die Zustellung selbst in Auftrag zu geben). <input type="checkbox"/> Gleichzeitig ist der Drittschuldner aufzufordern, eine Erklärung nach § 840 Absatz 1 ZPO abzugeben.
<input type="checkbox"/> Prozesskostenhilfe für den Gläubiger (zu Ziffer _____) zu bewilligen.

- Gleichzeitig wird beantragt, einen Rechtsanwalt beizuordnen.
Begründung:
- Die Schuldnerseite wird rechtsanwältlich vertreten.
- Die Vertretung durch einen Rechtsanwalt ist aus den folgenden Gründen erforderlich:

Es wird folgender zur Vertretung bereiter Rechtsanwalt gewählt:

Herr Frau Unternehmen

Name/Firma

ggf. Vorname(n)

Straße

Hausnummer

Postleitzahl

Ort

Es werden

- die in dem **Beschlussentwurf bezeichneten Vollstreckungstitel mit den jeweiligen Zustellungsnachweisen**
- und die **Forderungsaufstellung (bei Mehrfachverwendung: _____ Forderungsaufstellungen)** übermittelt.

Bei elektronisch übermittelten Anträgen:

- Elektronische Dokumente der in § 829a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 ZPO genannten Schriftstücke sind beigelegt.
- Die in § 829a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 ZPO genannten Schriftstücke werden erst nach Mitteilung des Aktenzeichens versandt. Es wird um Mitteilung des Aktenzeichens gebeten.
- Die in § 829a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 ZPO genannten Schriftstücke werden gleichzeitig auf dem Postweg übersandt.

Es werden folgende weitere Anlagen übermittelt:

- Abdruck Gerichtskostenstempler
- Elektronische Kostenmarke
- Beschluss über bewilligte Prozesskostenhilfe
- Im Fall eines Antrags auf Bewilligung von Prozesskostenhilfe: Erklärung über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse des Gläubigers mit Belegen
- Vollmacht
- Belege zu Angaben über die persönlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse der Schuldner oder Dritter
- Aufstellung über die geleisteten Zahlungen
- Aufstellung der Inkassokosten
- Aufstellung der bisherigen Vollstreckungskosten mit Belegen
- Bescheid nach § 9 Absatz 2 UhVorschG
-
-
-
-

Versicherungen

- Es wird die ordnungsgemäße Bevollmächtigung nach § 752a Absatz 1 ZPO versichert.
- Es wird gemäß § 829a Absatz 3 Nummer 1 und 2 ZPO versichert, dass die übermittelten elektronischen Dokumente jeweils bildlich und inhaltlich mit den in § 829a Absatz 1 Satz 1 Nummer 1 bis 3 ZPO genannten Schriftstücken übereinstimmen und die Forderungen in Höhe des Vollstreckungsantrags noch bestehen.
-

Namen der Antragsteller

Unterschriften der Antragsteller